

Ein Plan für Lausanne

Von John Maynard Keynes (Cambridge)

Niemals ist von einer bevorstehenden Konferenz weniger erwartet worden. Auf der ganzen Linie herrscht Pessimismus. Aber vielleicht ist das ein gutes Zeichen. Wenn wir nämlich von der menschlichen Natur ausgehen, so finden wir zwei Gründe, die uns doch zu einiger Hoffnung berechtigen. Zunächst, alle Teilnehmer kommen zu dieser Konferenz mit wenig Hoffnung und großen Befürchtungen. Daher wird ihre innere Gemütsverfassung zu einer Zusammenarbeit geneigt sein, da sie alle einen Zusammenbruch oder einen Fehlschlag fürchten. Die Lausanner Konferenz unterscheidet sich jedoch auch noch in einer weiteren Hinsicht, die unsere Aufmerksamkeit verdient, von allen früheren Reparationskonferenzen. Vormalig bestand das Verhandlungsziel in der Auffindung einer Formel, durch die tiefgehende Meinungsverschiedenheiten verborgen werden sollten. Dieses Mal besteht das Verhandlungsziel in der Auffindung einer Formel, die eine grundsätzliche Gleichheit der Ansichten verbergen soll. — Diese Aufgabe ist viel leichter zu lösen, ohne daß Grundsätzliches geopfert wird.

Die hauptsächlichste Gefahr für den Erfolg der Konferenz liegt in einer ganz anderen Richtung. Sie entspringt den Zweifeln, die in Europa über die Wahl des geeigneten Weges, Amerika näherzukommen, herrschen. Diese Verlegenheit könnte eine Vernebelungstaktik ermutigen und Anlaß zu Vertagungswünschen geben. Niemals jedoch sind rasche und eindeutige Entscheidungen von größerer Wichtigkeit gewesen. Welche Umriss für einen definitiven Plan der Konferenz können wir nun hier entwerfen? Ich glaube, die eigentliche Aufgabe der in Lausanne versammelten europäischen Mächte besteht darin, einen vollständigen Plan für die Regelung der Kriegsschulden auf Grund von Richtlinien auszuarbeiten, die sie für weise und vorsichtig und so fair wie die Umstände es irgend gestatten halten. Ein solcher Plan wird notwendigerweise von einer bestimmten Aktion seitens der Vereinigten Staaten abhängig sein. Die Konferenz darf sich jedoch dadurch nicht abschrecken lassen. Denn die amerikanische Ansicht, daß es eigentlich Aufgabe des Schuldners und nicht die des Gläubigers ist, Vorschläge zu unterbreiten, muß für verständlich erachtet werden. Der erste Schritt besteht daher für Europa darin, Amerika offen und präzise zu sagen, was nach seiner Ansicht die Umstände erfordern. Wir wissen alle, daß es sowohl den ökonomischen Tatbeständen wie der Erfahrung, die über das politische Reagieren von Nationen vorliegt, widersprechen würde, zu glauben, daß zukünftig noch große Summen zwecks Abtragung von Kriegsschulden den Besitzer wechseln werden. Es sollte nun die spezifische Aufgabe der Konferenz von Lausanne sein, diese anerkannten Tatbestände mit der Aufrechterhaltung der Regeln des Rechts in Einklang zu bringen. Es ist von größter Wichtigkeit für die zukünftige Gestaltung der internationalen Beziehungen, daß Verträge nicht gebrochen werden und daß die Einlösung von Schuldverpflichtungen nicht einseitig abgelehnt werden darf. Aber die

Heiligkeit von Verträgen wird nur gewahrt werden können, solange dem Wechsel der Umstände Rechnung getragen wird. Wenn Änderungen auf dem Wege der Verständigung ungebührlich lange hinausgezögert werden, so wird auch das Ansehen vernünftiger Verträge bedroht. Für Länder, die wie Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten für die Herrschaft des Rechtes zwischen den Nationen als der Garantie des zukünftigen Friedens eintreten und die zugleich die führenden Gläubigerländer der Welt sind, müssen derartige Erwägungen von überragender Wichtigkeit sein. Gleichzeitig stimme ich mit Sir Arthur Salter darin überein, daß der kommende Plan von Lausanne eben vor der völligen Streichung der Schulden haltmachen muß. Eine solche völlige Streichung würde keine Grundlage für Diskussionen und gegenseitige Konzessionen bieten und sie würde zugleich nahezu die ganze Last auf die Vereinigten Staaten von Amerika abwälzen. Während also der Plan von Lausanne die Kriegsschulden soweit wie möglich zu streichen hätte, müßten die Vorschläge der britischen Regierung von zwei grundsätzlichen Erwägungen geleitet sein; erstens sollte Deutschland aufgefordert werden, nach einer so langen Pause, wie sie vereinbarungsmäßig für erforderlich erachtet wird, etwas zu leisten, was Sir Arthur Salter eine pro-forma-Zahlung (token payment) genannt hat: das will sagen, eine Anerkennung des Bestehens einer Verbindlichkeit, aber nur einer solchen, die keine schwerere Last auferlegt als sie leicht von der jetzigen Generation der Deutschen getragen werden kann. Eine Vereinbarung über eine solche Zahlung müßte von einem Händeschütteln rund um den Verhandlungstisch und einer Erklärung, daß von nun ab Vergangenes Vergangenes sein solle, begleitet sein. Wenn die begleitende Geste und die moralische Atmosphäre, in der sie erfolgt, vom richtigen Geiste sind, so glaube ich, würde Deutschland einen solchen Vorschlag nicht ablehnen. Zweitens muß sich aber Großbritannien darauf einrichten, den Vereinigten Staaten eine größere Zahlung anzubieten als es selbst erhalten wird.

Ein auf Grundsätzen, wie sie hier entwickelt wurden, aufgebauter Plan würde selbstverständlich der Zustimmung der Vereinigten Staaten unterliegen, ohne die er in sich zusammenfallen müßte. Es sollte daher in voller Öffentlichkeit von Lausanne nach Washington übermittelt werden in Verbindung mit dem Vorschlag, daß die Konferenz von Lausanne sich sofort nach Washington zu begeben bereit sei, um mit Präsident Hoover und mit führenden Vertretern der republikanischen und demokratischen Parteien die Annahme oder die Umarbeitung des Plans von Lausanne zu besprechen. Dieser Plan von Lausanne selbst sollte sich streng auf das Problem der Kriegsschulden beschränken, zugleich aber wäre klarzulegen, daß es allerdings den Vereinigten Staaten (jedoch keinem anderen Teilnehmer) freistünde, andere verwandte Fragen in der Diskussion anzuschneiden, falls sie das für angebracht hielten. Man sollte darauf hoffen, daß alle Parteien in den Vereinigten Staaten übereinkommen würden, dieses internationale Problem aus dem

Kampffelde der Parteipolitik herauszulassen. Wir wissen zwar, daß eine Präsidentschaftswahl bevorsteht, aber wir wissen gleichzeitig, daß eine Vertagung der Regelung um mehrere Monate ungewöhnlich gefährlich sein würde. Die amerikanischen Politiker müßten eigentlich vielmehr froh sein, dieses Problem aus den Streitfragen der Präsidentschaftskampagne herausnehmen zu können, denn in ihren Herzen und Köpfen stimmen sie weit mehr über das, was zu geschehen hat, überein, als sie aus Gründen der Politik auf offener Plattform aussprechen können. Wie dem jedoch immer sein mag, es ist notwendig, daß Amerika seine Entscheidung jetzt trifft. Es ist möglich, daß von Präsident Hoover eine glatte Ablehnung eingeht und daß er sich weigert, in eine Diskussion einzutreten. Sollte dem so sein, so würde sogar das die Atmosphäre klären. Aber sicherlich werden der Präsident und alle verantwortlichen Amerikaner vor den Folgen einer so entsetzlichen Negativität zurückschrecken. Denn sie würde eine vor aller Welt übernommene furchtbare Verantwortung bedeuten, sie wäre zugleich ein unverzeihbarer Akt. Überdies würde eine Konferenz in Washington den Vereinigten Staaten nicht unmöglich machen, ihrerseits vernünftige Bedingungen irgend-

welcher Art zu stellen. Es würde ihnen vielmehr auf diese Weise die geeignete Gelegenheit dazu geboten werden.

Es mag sein, daß die amerikanischen Politiker es vorziehen würden, der Verantwortlichkeit einer Antworterteilung zu entschlüpfen. Die Informationen, die aus Amerika vorliegen, legen nahe, daß dem in der Tat so ist. Aber es ist das beste, niemals den Ratschlag eines Amerikaners, wie man Amerikaner zu behandeln hätte, zu befolgen. Die Amerikaner empfehlen einem stets, ein wenig zu schwindeln und seine Rede einer angeblich unversöhnlichen und unabänderlichen „öffentlichen Meinung“ anzupassen. Folgt man jedoch ihrem Ratschlag, so gibt es nichts, was sie weniger zu schätzen wissen. Die amerikanische „öffentliche Meinung“ ist ein Beispiel für des Kaisers neue Kleider in dem Märchen von Hans Andersen. Es war nur die Stimme eines kleinen Kindes erforderlich, damit die ganze Stadt entdeckte, daß der Kaiser in der Tat nichts anhatte. Es mag heute nur die Stimme eines mit der Aufrichtigkeit und Gradheit eines kleinen Kindes sprechenden Europas erforderlich sein, um den Bürgern von Amerika zu offenbaren, daß sie in der Tat nicht so denken, wie jeder dem andern zuschreibt.

Die Notenbankkrise der Schuldnerländer

Von Dr. Herbert Groß (Kiel)

Der Tatbestand

Seit Mitte 1931 ist die Zahl der Länder, die in eine Währungs- und Kreditkrise gerissen werden, in ständiger Steigerung begriffen. Die Ursache dieser währungspolitischen Schwierigkeiten liegt in dem Versagen des internationalen Kreditmechanismus, der für die Mehrzahl der europäischen Staaten des Kontinents nach dem Kriege die Voraussetzung für den Ausbau ihres Wirtschaftsapparats geworden ist. Die Erscheinungsformen dieser Währungskrisen haben sich seit ihrem Entstehen zwar gewandelt: ursprünglich ausgelöst wurden sie durch den plötzlichen Rückzug von ausländischen Kurzkrediten, die in den Schuldnerländern entweder langfristig im Inlande festgelegt waren oder die Grundlage eines umfangreichen Kapitalexports bildeten. Am stärksten wurden durch diesen Rückzug die kapitalistisch entwickelten Staaten Mitteleuropas, vor allem das Deutsche Reich und Österreich, betroffen, die den Anforderungen nur durch den Angriff der valutaren Reserven ihrer Notenbanken entsprechen konnten. Inzwischen ist dieser erste unmittelbare Anlaß der Währungs- und Kreditkrise weitgehend beseitigt worden, da die Rückzahlung der kurzfristigen Auslandskredite durch ein System von Stillhalteabkommen reguliert wurde. Dagegen hat sich eine zweite Erscheinungsform der Währungs- und Kreditkrise immer stärker herausgebildet und ist mehr und mehr zu dem eigentlichen Problem der internationalen Kreditpolitik geworden: Der Verfall der handelspolitischen Beziehungen und die Erschwerung des Exports durch den internationalen Sturz der Preise haben dazu beigetragen, daß eine Reihe von Staaten den laufenden Verpflichtungen aus der Handels- und Zahlungsbilanz nicht mehr durch den Export eigener Leistungen nachkommen konnten, sondern nur durch

die kontinuierliche Verringerung ihrer Devisen- und Goldbestände. Als typisches Beispiel hierfür sei die währungspolitische Entwicklung Österreichs genannt. Der Rückzug ausländischer Bankkredite wurde in Österreich relativ schnell durch ein Stillhalteabkommen mit den ausländischen Gläubigern und durch Kredite der BIZ, der Banque de France und Bank of England aufgehalten. Die österreichische Zahlungsbilanz ist aber derart strukturiert, daß jährlich etwa 600 bis 800 Mill. S ausländischer Leistungen nur auf dem Kreditwege beglichen werden können, was zum Teil Ausdruck der Lebensunfähigkeit dieses Landes ist. Das Gleiche, wenn auch in schwächerem Maße, gilt für eine Reihe von südosteuropäischen Staaten und droht auch für das Deutsche Reich infolge der Verengung des Weltmarktes mehr und mehr zu gelten. Bleibt der kurzfristige Auslandskredit in Ländern mit derartiger Zahlungsbilanzstruktur aus, so ist der Eintritt der Währungs- und Kreditkrise nicht nur unvermeidlich, sondern fast mathematisch berechenbar.

Die einleitenden Ausführungen sollten von Anfang an die handelspolitische Problematik der gegenwärtigen Währungs- und Kreditkrise deutlich betonen; wenn die genannten Länder nicht auf dem handelspolitischen Wege oder durch die Aufnahme langfristiger Auslandsanleihen zu einem stabilen und dauernden Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz kommen, erscheint jede Diskussion um die währungspolitische Sanierung als sinnlos. Die nachstehenden Ausführungen sehen also die Problematik der währungspolitischen Sanierung der Länder unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß gleichzeitig mit der Inangriffnahme währungspolitischer Reformen eine Neuorientierung der internationalen Austauschbeziehungen eintritt.